



Wasser

Nicht nur das Gas wird knapp, auch wenn hauptsächlich aus politischen Gründen, sondern auch das Wasser. Die Gründe dafür hängen mit dem Klima zusammen. Es regnet einfach zu wenig, und wenn sich mal der Himmel öffnet, verdunstet das meiste wieder, wenn es auf den ausgetrockneten Boden trifft.

Zeit also, sich Gedanken zu machen. Der **Berliner Wasserrat** lädt deshalb zur „**Regen zu Baum-Konferenz** am 6. September 2022, um 19:00 Uhr, in das Haus der Demokratie, Robert-Havemann-Saal, Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin, ein.

Thema: Umsetzung der dezentralen Regenwasserbewirtschaftung in Berlins Bestandsquartieren. Moderation: **Philipp Sattler** (Ing.-Landschaftsarchitekt, Stiftung Die grüne Stadt).

In drei einführenden Kurzvorträgen werden dargestellt:

- juristische und politische Aspekte (die Begriffe Schwammstadt und Entsiegelung, Novellierungsvorschläge in BWG und BauO Bln sowie Synchronisation von „Masterplan Wasser“ und „Charta Stadtgrün“) Vortragender: **Benedikt Lux** (Dipl.-Jurist, MDA)
- sachlich-wirtschaftliche Aspekte (die kommunale wasser- und vegetationswirtschaftliche Aufgabe, die monetäre Bewertung alternativer Resilienzlösungen sowie die resilienzfördernde Staffelung des Niederschlagswasserleitungsentgelts) Vortragender: **Dr. agr. Hermann Wollner** (Ökonom, BERLINER WASSERTISCH)
- Aspekte der Anwohner-Mitwirkung bei RzB-Projekten (Partizipationsinteressen der beteiligten stakeholder; Regenranger und baupflegende Anwohner; Beispiele erfolgreicher Bürgerpartizipation) Vortragender: **Klemens Klikar** (Dipl.-Architekt, Büro stadt.menschen.berlin)

In der Diskussion von 90 Minuten Dauer sollen folgende Fragen erörtert werden:

- Welche Rechtssetzungen benötigen wir, damit Regen als Ressource und nicht als Abwasser behandelt wird?
- Welche Rechtssetzungen benötigen wir, damit der Regen von privaten Grundstücken Bäume auf öffentlichem Grund bewässern darf?

- Wie finanzieren wir die Pflege von Straßenbäumen mit umgekoppeltem Regenwasser?
- Welcher Betrag ist für Regen-zu-Baum-Projekte in den Landeshaushalt einzustellen?
- Was schlagen Sie Abgeordneten und Amtsverwaltern konkret vor?
- Wer möchte ein Pilotprojekt im Gebäudebestand beginnen?

Politische Einordnung und Zusammenfassung der Diskussion: **Gerlinde Schermer** (Ökonomin, MDA aD, BERLINER WASSERTISCH)

Dr. Hermann Wollner vom Berliner Wassertisch hat vorab folgende Aspekte zusammengefasst; entnommen aus einem Schreiben an einen Journalisten.

- 1) »noch vor zehn Jahren galt: Nicht zu sehr knausern, damit das Abwasser in den Rohren nicht steht und stinkt.« Wer hat das vor zehn Jahren gesagt? Wissen Sie, dass Abwasser in Berlin nicht in Rohren, sondern in Kanälen fließt? Und wissen Sie noch, dass es 2011 eine Volksentscheidung deswegen gab, weil die BWB ihre Abwasserpreise keineswegs knausrig bemaß?
- 2) »Seit gut fünf Jahren steigt nicht nur der Gesamtverbrauch, sondern auch der hitzebedingte Mehrbedarf. ... (ein) Plateau von täglich mehr als 600 000 Kubikmeter Trinkwasserförderung pro Tag ziehe sich inzwischen von März bis Ende September« (FEDDERN) Das würde dann saisonal (182 Tage) rund 110 Mio m³ gefördertes Wasser ergeben. Da aber im Jahre 2021 insgesamt 215 Mio m³ gefördert wurden, bleibt für die Saison Oktober bis Februar eine Fördermenge von 105 Mio m³. Wo ist hier das "Plateau"? Bei 3,68 Millionen Einwohner (2021) beläuft sich der durchschnittliche "Plateau"-Verbrauch auf 163 l/Ew./d und der "Tal"-Verbrauch auf 157 l/Ew./d. Tolle Differenz! Ach so: Der Gesamtverbrauch Berlins betrug im Jahre 2017 205 Mio m³ Trinkwasser. Bei 3,58 Millionen Einwohner ergibt sich ein Tagesverbrauch von 157 l/Ew. Toller Anstieg.
- 3) »Es ist gesetzlich grundsätzlich möglich, dass wir den Wasserverbrauch reduzieren, wenn wir eine Notlage haben.« (JARASCH) Kein Journalist fragte nach, welches Gesetz und welchen Paragraphen die Umweltsenatorin da im Auge habe. Wenn Politiker:innen von einer Maßnahme behaupten, dass sie "grundsätzlich" möglich sei, dann können Sie darauf wetten, dass diese Person auch schon



die Ausnahmen kennt oder an solchen bastelt. Selbstverständlich kann eine juristische Norm keinen Verbrauch regeln, sondern bestenfalls Höchstabgabemengen festlegen. Aber auch diese Bemerkung fiel keinem Journalisten ein.

- 4) »für eine 'Schwammstadt' müssten Flächen radikal entsiegelt werden, was Kämpfe etwa um Parkplätze und Neubauten bedeuten wird. Jarasch bekennt sich zum Ziel, den Saldo der Neuversiegelung von Flächen bis 2030 auf Null zu bringen – und fügt hinzu, dass das harte Verhandlungen mit der Bauverwaltung bedeuten.« (JARASCH) Schon wieder eine Zahl aus Politiker:innenmund, die Bürgerinnen und Bürger spätestens 2031 nachgewiesen haben wollen. Ob sich dann Journalisten an diese Zahl erinnern werden? Und noch ein Begriff ("Schwammstadt"), nach dessen Inhalt kein Journalist fragt. "Schwammstadt" ist eine höchst schiefe Metapher für die Aufgabe, dass fehlendes Grundwasser im obersten Grundwasserhorizont (0 – 10 Meter) durch Regenwasser von den Dächern zu ersetzen ist. Und warum? Weil die Bäume dieser Stadt schon längst das Lied vom Tod angestimmt haben. **Jedes Jahr müssen allein rund 2.000 Straßebäume gefällt werden, weil sie nicht angewachsen oder (etwas älter) verdorrt sind.** Die Hälfte aller Bäume auf öffentlichem Grund weisen Trockenschäden auf – sagt ein Bericht der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz (2021). Was da zwischen Umwelt- und Stadtentwicklungsverwaltung "hart" zu verhandeln wäre, ist die Regelung, dass das Berliner Regenwasser (es sind pro Jahr etwa 150 Mio m³ Regenwasser, die auf Gebäudedächer fallen) nicht als "Abwasser" diskriminiert wird und von dem Straßenspülicht, genannt "Niederschlag", begrifflich getrennt wird
- 5) »Spardruck über die Preise wird es zumindest bis Ende 2023 nicht geben: So lange sind die Tarife für Wasser und Abwasser konstant.« (JARASCH) Die Frage, die einem Journalisten einfallen sollte, ist doch nicht, ob ein Tarif konstant bleibt. Sondern: ob der Tarif leistungsgerecht und den "Schwammstadt"-Umbau stimulierend kalkuliert ist!